

Ökologie wagen – Keine Halbheiten mehr

Die Stadtversammlung möge beschließen:

- 1 Der Stadtvorstand wird beauftragt, schnellstmöglich zu einer Stadtversammlung zum Thema
- 2 Landtagswahlprogramm und vor allem Überlegungen einzuladen, ob die Grünen ab sofort in der
- 3 gebotenen Konsequenz ihrer freiwillig übernommenen Verantwortung gerecht werden wollen, die
- 4 belebte Welt auf Dauer zu erhalten und die dafür erforderlichen Parlamentsmehrheiten durch ein
- 5 kompromisslos auf die Bewahrung der Biosphäre ausgerichtetes Programm zu erkämpfen, das keine
- 6 Zweifel läßt, daß das nicht ohne Inkaufnahme von Entbehrungen für die heutige Generation
- 7 abgeht.
- 8 Der größte Kreisverband steht in der Pflicht, in den anstehenden Versammlungen auf Bezirks- und
- 9 Landesebene entsprechende Weichenstellungen anzustoßen und vorab allen vom Delegiertenmandat
- 10 ausgeschlossenen Mitgliedern die Möglichkeit einer Mitgestaltung zu geben und den Delegierten ein
- 11 Bild über die Vorstellungen und Wünsche in der Basis zu vermitteln, von der nach der Verfassung „die
- 12 Macht ausgehen“ sollte.

Begründung

Der vorgeschlagene Stadtversammlung soll zugemutet werden, sich mit der Zukunft zu befassen, die bedroht ist wie noch nie und Ideen für ein stringentes Wahlprogramm zu erarbeiten.

Die Grünen in einer der reichsten Städte der Welt müssen endlich ihre selbst übernommene Verantwortung wahr nehmen, alles nur denkbare zu fordern, um die immer schneller werdende Fahrt der Menschheit in die Selbstzerstörung zu beenden oder sich aufzulösen, weil die Grünen im Fall weiterer Zaghaftigkeit exakt das Gegenteil bewirken, für das sie zu stehen behaupten. Alle anderen Parteien können als Folge der Zurückhaltung der Grünen als die selbst ernannten Experten in Überlebensfragen ungeniert so weiter machen wie bisher. Sie werden nicht grüner sein wollen als die Grünen also wider besseres Wissen weiter auf ein ewiges Wirtschaftswachstum zu vertrauen vorgeben und es sich damit unter Inkaufnahme der Selbstzerstörung der Menschheit gut auf Kosten der Grünen auf den Regierungsbänken gut gehen zu lassen.

Der beantragten Stadtversammlung würde der Antrag vorliegen, alle Mandatsträger der Grünen in Bundestag, Landtag, Bezirkstag und Stadtrat zu ersuchen, ohne jedes Zögern und ohne Rücksicht auf fehlende Mehrheiten und das Befinden von uns Wohlstandsbürgern und leider auch Wohlstandsbürgerinnen die Anträge und Gesetzesinitiativen einzubringen, die zur Rettung der Lebensgrundlagen unerlässlich sind.

Beispiele

BUNDESTAG

- Keine Subventionierung des Flugverkehrs mehr einschließlich Einführung einer gleich richtig hohen Mineralölsteuer für Flugtreibstoff
- Dafür endlich Subventionierung der Photovoltaik, die es noch nie gab, sondern nur ein Umlageverfahren, das die erhöhte Einspeisevergütung von den Stromverbrauchern zahlen läßt, ganz so als würde man den Subventionen für den Flugverkehr auf die Flugtickets umlegen.
- Verdopplung der Mineralölsteuer auf den Benzin und Dieselpreis, Wegfall der Begünstigung des Dieseltreibstoffs, angesichts des Notstands ohne Rücksicht auf Besitzstände
- Verdopplung der Mehrwertsteuer für fossil betriebene Kraftfahrzeuge
- Hoher Zuschuss für den Umbau von fossil betriebenen Autos in Elektroautos

- Gesetzliche Grundlage für die Umwandlung eines Anspruchs gegen die Autoindustrie auf den Motoraustausch in den Anspruch auf Einbau eines Elektromotors

- Attraktiver Zuschuss zu Hartz4Bezügen bei Umzug aus Gebieten mit hohem Wohnungsmangel in Gebiete hohen Wohnungsleerstands unter notstandsgerechter Inkaufnahme von Gleichbehandlungsproblemen

- Wiedereinführung von Zöllen auf lediglich zur Gewinnmaximierung sinnlos über den Erdball hin und her transportierter Güter und endlich wieder Schutz der Wirtschaft vor Dumpingpreisen.

LANDTAG

- Verdopplung der Start- und Landegebühen auf allen bayerischen Flughäfen, womit sich auch der Albtraum einer 3. Startbahn verflüchtigen würde.

- Photovoltaikanlagen auf alle Dächer in direktem und indirektem Staatseigentum

BEZIRKSTAG

- Photovoltaik auf alle Dächer im Eigentum des Bezirks und seiner zahlreichen Einrichtungen, Gesellschaften, Vereine, Zweckverbände und Stiftungen

STADTRAT MÜNCHEN

- Photovoltaik auf alle Dächer im Eigentum der Stadt und ihrer Töchter, insbes. der städtischen Wohnungsgesellschaften.

- keine Ausweisung von Gewerbeflächen mehr, keine Genehmigung für Bau und Vergrößerung von Bürogebäuden

- Förderung der Umwandlung von Büro- und Gewerbebauten in Wohngebäude

- Sofortige Beendigung der weltweitem Werbung für den Wirtschaftsstandort München und das Oktoberfest

- Verbot auch von temporären Festbauten auf der Theresienwiese

- Förderung des Umzugs von Unternehmen in Regionen mit großem Leerstand bei Wohnungen aus Wohnungsbaumitteln

- Die Gesellschaft muß sich nicht sündteuer erkaufen, daß die das Leben erstickende Autoflut in den Städten ausbleibt, sondern zum Beispiel mit einer Maut sehr teuer machen, ohne zwingende Notwendigkeit in der Innenstadt herumzufahren und/oder dabei noch besonders giftige Abgase auszustoßen.

In dicht besiedelten Bereichen wie einer Stadt ist absolut nicht unsozial, Autofahrten teuer zu machen, wie es bei anderen Luxusgütern widerspruchlos hingenommen wird.

Dieser Antrag wird gestellt von

Alfred Mayer, OV Berg am Laim/Trudering/Messestadt-Riem